

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 31

Erstheft Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postanstalten. Geschäftsstelle Berlin E. 39, Urbanstr. 631. Fernruf: Moritzpl. 8653.

Berlin, den 31. Juli 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Zeile 3 Mark; für Anzeigenblätter 2 Mark; Erstellenangebote 2 Mark; Verfammlungsanzeigen 1/2 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

37. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 31. Wochenbeitrag für 1921 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensowohl die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Anstellung eines Zahlstellenbeamten für Köln. Der Angestellte in Köln, der Kollege Lehmann, verläßt am 31. Juli seine Stellung und ist damit eine Neuanstellung notwendig geworden.

Mitglieder, die sich um den vakant gewordenen Posten bewerben wollen, müssen mindestens 5 Jahre gewerkschaftlich organisiert sein und die erforderliche Eignung für ein solches Amt besitzen.

Da es infolge der besonderen Verhältnisse in Köln fast unmöglich sein dürfte, daß auswärtige verheiratete Mitglieder dort eine Wohnung finden können, wird insbesondere auf ledige Mitglieder oder ortsansässige verheiratete Mitglieder als Bewerber reflektiert.

Die Anstellung erfolgt unter den üblichen Bedingungen und wird die Wahl durch die Mitglieder in Köln vorgenommen.

Bewerber um die Stellung wollen selbstgeschriebene Bewerbungsschreiben nebst kurzgefaßtem Lebenslauf und Angaben über die bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit in je drei Exemplaren bis 16. August an den Verbandsvorstand gelangen lassen.

2. Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik sind im Laufe dieser Woche an die Kassierer der Gause und Zahlstellen gesandt worden, deren Rücksendung bis spätestens zum 6. August portofrei zu erfolgen hat. Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen ist der 30. Juli, für die Zählung der Kurzarbeiter dagegen die Woche vom 25. bis 30. Juli.

3. Einzahlung der Verbandsgelder. Wir müssen leider die Beobachtung machen, daß in sehr vielen Zahlstellen ganz außerordentlich hohe Gebeträge am Ort zurückgehalten werden. Da an die Verbandskasse zurzeit sehr hohe Ansprüche gestellt werden, ist es unbedingt erforderlich, alle überschüssigen Verbandsgelder sofort, spätestens aber vor Ende jeden Monats, an die Verbandskasse einzuzahlen.

Die örtlichen Bevollmächtigten und insbesondere auch die Kassierer sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß größere Geldbestände nicht unbenutzt am Ort zurückgehalten, sondern regelmäßig jeden Monat an die Verbandskasse abgeführt werden.

Der Verbandsvorstand.

Kommende Kämpfe.

Der deutschen Arbeiterschaft drohen in den nächsten Wochen und Monaten Gefahren von unabsehbarer Größe. Schon zur Abwendung der nächsten Gefahr, der Brotverteuerung, muß die Arbeiterschaft für die kommenden Wochen sich auf Lohnbewegungen und Kämpfe über ganz Deutschland gefaßt machen. Nicht ein Winkel unseres Vaterlandes kann und darf davon verschont bleiben, wenn die Arbeiterschaft nicht rettungslos weiter im Elend verfallen will.

Am 16. Juni hat nämlich der Reichstag beschlossen, an Stelle der bisherigen Zwangsbewirtschaftung von Getreide ein sogenanntes Umlageverfahren einzuführen, nach welchem für eine gewisse Anbaufläche bzw. Ernteertrag ein bestimmtes Quantum Getreide abgeliefert werden soll. Die zur Aufrechterhaltung der jetzigen Brotration notwendige Menge von Getreide beträgt 4,5 Millionen Tonnen. Infolge des festen Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien gegen den geschlossenen Block der sozialistischen Vertreter gelang es jedoch den ersteren im Reichstag, an Stelle der notwendigen 4,5 Millionen nur 2,5 Millionen durch das Umlageverfahren für die Volksernährung sicherzustellen und den übrigen Ernteertrag dem freien Handel, also dem Wucher, zu überlassen. Doch nicht genug damit. Selbst für das der Umlage unterworfenen Getreide setzte man die Preise ganz erheblich hinauf. So soll der Preis einer Tonne Roggen in Zukunft von 1700 auf 2100 Mk. hinaufgesetzt werden, während der Mindestpreis für Weizen sogar von 1500 auf 2300 Mk. erhöht wird.

Die Erhöhung dieser Preise erfolgt auf Grund der Feststellungen der sogenannten Inbegntommission, nach welchen angeblich die Herstellungskosten der landwirtschaftlichen Produkte eine solche Steigerung erfahren haben sollen, daß die Erhöhung der Erzeugerpreise notwendig wurde. Dieser Inbegntommission ist jedoch einwandfrei nachgewiesen, daß ihre Berechnungen durchaus falsch sind und einer ernsthaften Kritik nicht standhalten. Es weiß ja auch jeder, selbst wenn er die Verhältnisse in der Landwirtschaft nur oberflächlich kennt, daß diese nie glänzender dagestanden hat als in den letzten Jahren. Das nützt aber alles nichts. Die Preise mußten eben erhöht werden. Bei dem aus dem Umlageverfahren hergestellten Brot wird sich der Preis für ein Brot auf mindestens 7,50 Mk. stellen. Zu diesem Preise stehen aber der Bevölkerung infolge des auf 2,5 Millionen Tonnen herabgesetzten Getreidequantums pro Kopf nur noch 42 Kilogramm für das ganze Jahr, mithin also etwa 800 Gramm pro Woche zur Verfügung. Der Rest des Brotes — richtiger jedoch $\frac{1}{2}$ des Gesamtbedarfs — wird der Bevölkerung aus dem Getreide verabfolgt, das dem freien Handel überwiesen wurde. Bei dem freien Getreide wird aber das Brot sogar 15 Mk. kosten. Man hat ausgerechnet, daß durch diese Preisgestaltung die Landwirte von der Regierung ein Geschenk von 1875 Millionen Mark pro Jahr erhalten.

Wenn man wenigstens dabei — ähnlich wie in Oesterreich — Rücksicht genommen hätte auf die ohnehin schon im tiefsten Elend stehenden Millionen Arbeitsloser, Invaliden- und Altersrentner, Kriegsverletzte usw., daß man ihnen wenigstens das Brot im bisherigen Umfange zu dem bisherigen Preise garantiert hätte. Aber nichts von alledem. Brutal hat man sich über alles dieses hinweggesetzt, unbe-

kümmert darum, ob dadurch wiederum Hunderttausende dem langsamen aber sicheren Hungertode überliefert werden. Für Kartoffeln — die Hauptnahrungsmittel der breiten Volksschichten sind — haben wir seit Wochen schon den 25—60fachen Friedenspreis zahlen müssen, für Milch oder ein Ei fordert man das 20—25fache, und für Brot haben wir nunmehr auch das 20—25fache zu zahlen. Ebenso verhält es sich mit den Preisen für Schmalz, Speck, Butter, Hülsenfrüchte usw. Wir müssen also damit rechnen, daß einer vierköpfigen Familie vom kommenden Monat ab allein für Brot eine jährliche Mehrausgabe von rund 1500 Mark erwächst.

Aber nicht genug damit, auch alle übrigen Waren und Gebrauchsgüter erfahren eine Preissteigerung. Die Erhöhung der Kohlenpreise, der Arbeiterversicherungsbeiträge, Erhöhung der Umsatzsteuer, Sinauffassung des Eisenbahn-Gütertarifs, die Einführung neuer indirekter Steuern und vieles andere wird die gesamten Lebensunterhaltungskosten weiter gewaltig steigern, so daß man schon in den nächsten 2—3 Monaten mit einer 20—25prozentigen Steigerung des Existenzminimums wird rechnen müssen. Mit Riesenschritten geht es bei dieser wahnsinnigen Politik dem Abgrund zu, und nicht lange wird es dabei dauern, daß wir uns in ebenso trostlosen Verhältnissen wie Oesterreich, Polen oder gar Rußland befinden. Anstatt mit dem so notwendigen Abbau der Wucherpreise in erster Linie bei den Lebensmitteln zu beginnen, wirft man den sich heiser schreienden Agrariern weitere fetts Bissen zu, unbekümmert darum, ob die große Masse des Volkes dabei zugrunde geht oder nicht. Wo sind denn jetzt die Unternehmer und die ihnen dienstbare Presse geblieben, die tagtäglich nach Lohnabbau riefen, weil an einigen Orten für kurze Zeit eine Preisherabsetzung gewisser Lebensmittel zu verzeichnen war? Der Geschöpfte wird natürlich auch diesmal wie immer der Arbeiter sein. Wohl wird man sich notgedrungen in den nächsten Wochen bereithalten, der Arbeiterschaft ein paar Mark Lohnzulage zuzugestehen, aber ebenso sicher ist, daß nach dieser Lohnzulage der Reallohn noch weiter als bisher hinter dem Existenzminimum zurückstehen wird. Zwar hat der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft die Reichsarbeitsgemeinschaften der einzelnen Industriezweige auf die bei ähnlicher Gelegenheit am 1. April v. J. abgegebene Erklärung verwiesen, wonach „bei einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne erfolgen müsse, wenn nicht durch eine inzwischeneingetretene Preisentwertung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs bereits ein Ausgleich geschaffen worden sei“, indessen darf man nach den bisherigen Erfahrungen zu dieser Instanz wohl am allerwenigsten das Vertrauen haben, daß man von dieser Seite den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft entsprechen wird.

Und so ergibt sich aus dem ganzen, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen und auch die unserer Berufes im besonderen schon für die nahe Zukunft zu großen Kämpfen gerüstet sein muß, wenn sie nicht will, daß ihre gerechten Forderungen wieder in brutaler und unverständiger Weise mit Füßen getreten werden, wie dies bei den letzten Reichstagsverhandlungen geschah. Dazu ist aber Voraussetzung eine einige, geschlossene Arbeiterschaft. Der unselige Bruderkampf in den eigenen Reihen muß endlich mal verschwinden. Wir müssen aufhören, die Gewerkschaften zum Tummelplatz politischer Leidenschaften zu machen. Es muß

alle Kraft darangesetzt werden, die uns noch Fernstehenden reiflos unserem Verbands zuzuführen. Die weitere systematische Durchbildung muß intensiver betrieben werden, um zu den kommenden Ereignissen ein wohlgeübtes, zielbewusstes Kampfheer zu haben. Darüber hinaus müssen wir die in den letzten Wochen überall sich zeigenden Anregungen und Beschlässe zur Einigung der sozialdemokratischen Parteien machtvoll fördern, denn nur dann, wenn wir auch dort ein geschlossenes Ganzes bilden, können wir uns Ansehen und Macht bei unseren natürlichen Gegnern erzwingen. Die besten Beweise dafür waren die Angstschreie der bürgerlichen Presse, die sie in den letzten Wochen über die Einigungsbestrebungen der Sozialdemokratie ausstieß. Die Reaktion erhebt nicht bloß in Bayern, sondern in ganz Deutschland unerschämter denn je ihr Haupt. Sie ist in ihren bürgerlichen und geheimen Organisationen besser organisiert als viele glauben, und bilden in hohem Maße eine ständige Gefahr für die Arbeiterschaft. Dieser hohen Gefahr kann das organisierte Proletariat nur als geschlossenes Ganzes einen Damm wirksam entgegensetzen. Die nächste Zeit wird die Aktionsfähigkeit der Arbeiterschaft in starkem Maße auf die Probe stellen. Setze jeder seine Ehre darin, daß sie diese Probe besteht.

Das Existenzminimum im Juni.

Die zahlreichen Wirtschaftsstatistiken stimmen diesmal in dem einen Punkt überein, daß für den Monat Juni eine erhebliche Steigerung des Existenzminimums zu verzeichnen ist. Nach der Teuerungsstatistik des Reichs stieg die Teuerungszahl für das Reich in den vom Gilbertei erstellten 47 Gemeinden auf 898 Punkte, gegen 880 im Vormonat. Das entspricht also einem wöchentlichen Existenzminimum von 344,60 Mk. oder 17920 Mk. pro Jahr. Dr. Kuczynski stellt für Berlin eine Steigerung von 26 Punkten fest und errechnet das wöchentliche Existenzminimum auf 311 Mark oder 16200 Mk. pro Jahr. Auch Calwer kommt bei der Ermittlung der Lebensmittelpreise von circa 280 Orten des Deutschen Reichs zu dem Ergebnis, daß in 95 dieser Orte eine Steigerung der Lebensmittelpreise zu verzeichnen war, während in weiteren 7 Orten durch zwei Arten von Preisnotierungen nach der einen ebenfalls eine weitere Steigerung, nach der anderen jedoch eine Senkung festgestellt wurde. Der Reichsindex für die „Große Nation“, wie sie bisher allein von Calwer angewandt wurde, ist von 351,55 Mark auf 353,14 Mk. gestiegen, während er für seine „Durchschnittsration“ auf 229,30 Mk. gegen 226,58 Mark im Vormonat kommt. Für Frankfurt a. M. stellt Dr. Elias am 1. Juli eine Indexziffer von 293 gegen 280 am 1. Mai fest.

Daß die Teuerung im Juli sich noch im stärkeren Maße weiter fühlbar macht, zeigen bereits die neuesten Zahlen für Leipzig an. Danach betrug der Mindestaufwand einer aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehenden Familie in je 4 Wochen in Leipzig (in Mark):

- 1. Für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung: Teuerungszahlen I (T. 1).
- 2. für Genußmittel, Körperpflege, Kleidung (ohne Neuanfassungen), Erlaß an Wirtschaftsgegenständen, Verkehr, Kultur- und Unterhaltungszwecke, Ausgaben: Teuerungszahlen II (T. 2).
- 3. für alle wichtigeren Lebensbedürfnisse (ohne Neuanfassungen von Kleidung): Gesamtteuerungszahlen (T. 1 + T. 2):

	(T. 1)	(T. 2)	(T. 1+2)
vom 30. 5. bis 26. 6. 21	780	428	1208
" 6. 6. " 3. 7. 21	813	434	1247
" 13. 6. " 10. 7. 21	833	438	1271
" 20. 6. " 17. 7. 21	868	444	1312
" 27. 6. " 24. 7. 21	890	449	1339

Aus dieser Aufstellung ergibt sich also, daß im Juli eine weitere Steigerung von 131 Mk. gegenüber Juni zu verzeichnen war. Und schon jetzt darf es als feststehende Tatsache angenommen werden, daß die Steigerung im August durch die Wertenerung des Brotes usw. nicht minder hoch sein wird. Schöne Ausichten für die Arbeiterschaft. mk.

Die schlesischen Buchdruckerbesitzer und der Reichstarif!

Die Buchdruckerbesitzer Schlesiens vertreten nach wie vor die Ansicht, daß die Errichtung von Buchbinder-Schiedsgerichten für die Provinz von ihnen abgelehnt werden müsse, weil die Prinzipalität der Provinz den augenblicklichen Buchbinder-Reichstarif als für sie ungeeignet ablehnt. Unsere Mitglieder waren bereit, sich mit dieser Haltung der Prinzipale abzugeben, weil auch ihnen der Reichstarif keine Befriedigung brachte und viele ihrer Wünsche unberück-

sichtigt blieb. Sie beantragten durch die Gauleitung besondere Verhandlungen mit dem Kreisverein, die den Abschluß eines Sondertarifs für die Provinz Schlessen zum Ziele haben sollten. Diese beantragten Verhandlungen wurden aber vom Kreisverein abgelehnt. Man behauptet, daß die erste Mitteilung nicht richtig verstanden sei, nicht der Kreis IX lehne den Buchbinder-Reichstarif ab, sondern die Prinzipalität der Provinz verlege dem Kreisverein die Befolgung bei der Anerkennung des Reichstarifs. Man teilte ferner mit, in den Städten Liegnitz und Glogau erkenne die Prinzipalität den Reichsbuchbinderstarif an. Der Breslauer Prinzipalverein sei noch an das örtliche Abkommen gebunden. In den Orten, die den Reichsbuchbinderstarif nicht anerkennen wollen, bleibt es unserer Organisation überlassen, ihre Forderungen selbst durchzusetzen, was ihr ja leicht sein würde.

Wie ersichtlich, will der Kreisverein von seiner erst eingenommenen Haltung abrücken, wobei bemerkt sei, daß es natürlich nicht zutrifft, daß das erste Schreiben nicht richtig verstanden worden wäre, denn das Schreiben kam vom Kreisverein und sein Vorstehender Reich zeichnete dasselbe. Ganz unerkennbar war daraus zu entnehmen, daß es die Organisation der Prinzipale war, die den Buchbinder-Reichstarif ablehnt. Jetzt wollte man den Reichstarif in Geltung treten lassen, aber nur an drei Plätzen, an denen unsere Kollegenschaft ganz besonders unzufrieden mit dem Reichstarif ist, weil der für diese Orte schwebende Ortsklassenstreit noch der Erledigung harret. Während man es an allen anderen Orten den Mitgliedern des Prinzipalverbandes überlassen wollte, so man sich an den Reichstarif für gebunden erachten will oder nicht. Mit einem solchen Verfahren kann sich selbstverständlich auch unsere Kollegenschaft nicht zufrieden geben. Unsere Gauleitung in Breslau lehnte eine solche Lösung der Frage ab und verwies darauf, daß darum Verhandlungen mit dem Prinzipalverband ganz besonders dringend notwendig wären.

In einem weiteren Schreiben vom 12. Juli, gerichtet an den Gauvorstand unseres Verbandes, bequeme man sich nun endlich zu der Erklärung: Der Kreis IX des Deutschen Buchdruckervereins ist als Bestandteil des Deutschen Buchdruckervereins und Mittelnahmens des Buchbinder-Reichstarifs an diesen gebunden. Wir haben Ihnen in unserem Schreiben vom 28. Juni und 2. Juli d. J. nur mitteilen wollen, welche Schwierigkeiten die Einführung in der Provinz machen wird. Unsere bisherigen Mitglieder in Brieg und Glogau sind aus unserem Verein bereits ausgetreten.

Auch dieses Schreiben enthält Behauptungen, die nicht zutreffen. Die Firmen in Glogau waren bereits im Mai v. J. aus dem Deutschen Buchdruckerverein ausgetreten, zu einer Zeit also, als diese Prinzipalorganisation unserer Tarifgemeinschaft noch fern stand. Das ist bei einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß in Glogau atmenmäßig festgesetzt worden. Bei den Mitgliedern in Brieg handelt es sich um die Firmen E. T. Heinze und W. Löwenthal. Auch diese sind ausgetreten, noch bevor der Buchdruckerverein sich unserer Tarifgemeinschaft anschloß. Den Deutschen Buchdruckerverein haben sie also verlassen. Nun hatte unseres Erachtens derselbe sich um die Meinung dieser Herren gar nicht zu kümmern, statt dessen scheint sich aber der Kreisverein von ihnen in das Schleptau nehmen zu lassen. Berichtet doch die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, das amtliche Organ des Deutschen Buchdruckervereins, in seiner Nummer 29 vom 12. Juli d. J. von einer Tariffreiverammlung des Kreises IX. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß man zunächst den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums, betreffend die Fortzahlung und Erhöhung der Wirtschaftsbeihilfen im Druckgewerbe, niedergeredet und durch die Annahme eines Antrages von Herrn Löwenthal auch niedergestimmt hat. In dem Antrag wurde unter anderem gesagt, daß die Annahme des Schiedspruchs in den gemischten Betrieben Unfrieden unter die Belegschaft (Buchbinder, Steinbrucker, Hilfsarbeiter) hineinbringe. Dem Bericht ist weiter zu entnehmen, daß Herr Löwenthal auch mehrfach bemüht gewesen ist, den Reichstarif der Buchbinder aus Schlessen hinauszureden. Ihm ist es also zu danken, daß der Kreisverein des Deutschen Buchdruckervereins unserem Reichstarif gegenüber zunächst eine Stellung einnahm, die der von Herrn Sturm geführten Gruppe im Deutschen Buchdruckerverein direkt entgegenstand.

Graphischer Bund und Druckereibuchbinder.

Um diesen Punkt zu behandeln, muß zunächst auf die Lage der Druckereibuchbinder näher eingegangen werden. Bekanntlich behaupteten die Arbeitgeber in den Verhandlungen mit unserem Verbandsvorstand: Die Druckereibuchbinder seien minderwertige Kräfte und in den kleineren Betrieben werden meist ungelernete Arbeiter mit Buchbinderarbeiten beschäftigt.

Durch die Erhebungen des Verbandsvorstandes über die Lage der Druckereibuchbinder und deren Resultat ist klar bewiesen, daß diese Behauptungen unrichtig sind. (Vgl. „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 28.)

Obwohl durch die Erhebungen nicht alle Beteiligten erfaßt sein dürften, wird der Verbandsvorstand seine Folgerungen bei den nächsten Verhandlungen daraus ziehen.

Für die Druckereibuchbinder wäre es zwar besonders wichtig gewesen, zu erfahren, wie und nach welchem Tarif entlohnt wird. Hier hat die Umfrage nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Nachdem nun seit 4. Februar 1921 ein Tarif mit dem Deutschen Buchdruckerverein abgeschlossen ist, wird es angezeigt sein, gelegentlich eine weitere Erhebung vorzunehmen. Die reiflose Durchführung des deutschen Buchdrucker-tarifs muß die wichtigste Aufgabe aller Druckereibuchbinder sein. Die untergeordnete Behandlung darf unter keinen Umständen weiter geduldet werden. Auf diesem Wege weiter fällt den Druckereibuchbindern die Aufgabe zu, bahnbrechend in der Frage des Graphischen Industrieverbandes zu sein. Der Graphische Bund, welcher zurzeit nur eine lose Vereinigung darstellt, hat in unserer Kollegenschaft seine besten Agitatoren und Fürsprecher.

Durch die ständige Berührung mit den Buchdruckern, welche wohl zurzeit noch die stärksten Gegner eines engeren Zusammenschlusses sind, ist es möglich, denselben zu zeigen, daß auch wir gleichberechtigte Kontrahenten sind. Am besten ist dies erreichbar durch charaktervolles, gewerkchaftliches Betragen und entsprechende Agitation. In gleichem Sinne ist dies den Buch- und Steinbruckerbeihilfsarbeitern gegenüber, sowie bei den Steinbruckern anzuwenden. Ist erst die Mitgliedschaft der betreffenden Verbände überzeugt, daß auch sie auf uns angewiesen sind, wie wir auf sie, so wird es seitens der Führer nicht mehr möglich sein, Einwände zu machen. Unserer Gruppe bleibt es vorbehalten, die Brücke und das Bindeglied zwischen den einzelnen graphischen Verbänden und den sonstigen papierverarbeitenden Kollegen und Kolleginnen zu sein. Dem Sekretär des Graphischen Bundes sei nahegelegt, diese nicht zu unterschätzenden Werkkräfte zu wecken und zu leiten, um sie in unserem größeren Ziel dienstbar zu machen.

Die besondere Unterstützung dieser Fachgruppe unseres Verbandes soll mit einer feineren wichtigsten Aufgaben sein, um so mehr, da es nicht die schärfsten Gewerkschafter sind. Neben den graphischen Betriebsräten sollen diese die Pioniere sein, um in Bände zum festgeschlossenen graphischen Industrieverband zu kommen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. G. K., Reutlingen.

Die Ursachen unserer wirtschaftlichen Notlage in kritischer Beleuchtung.

I. Eine unzulängliche Entlohnung und dadurch bedingte zweifelhafte Existenzmöglichkeit innerhalb unseres Berufes steht im schroffen Gegensatz zur Existenzberechtigung aller Berufstätigen unserer Organisation. Diese unlegbar traurige Tatsache verdanken wir in erster Linie der sich zum Krebsgeschaden aller Berufe ausgewachsenen kapitalistischen Profitwirtschaft, welche es dem Unternehmertum ermöglichte, zu einer derzeitigen Machtposition zu gelangen und sich durch die produktive Arbeit aller Beschäftigten einen unverdienten Wohlstand zu erschleichen.

Die Ironie des Schicksals grinst unserhoben angefaßts jener listigen Bergewaltigung, so oft man sich vergegenwärtigt, wie die Früchte aller wertschaffenden Produktivität nur einer besitzenden Klasse, der Minderheit, reichlich und oft mühelos in den Schoß fallen. Ingegen für die unbemittelte produzierende Mehrheit, unter Einsekung aller körperlichen und geistigen Fähigkeiten, nicht einmal die Grundlage einer bescheidensten Existenz gewährleistet wird. — Mit welcher einwandfreier Begründung, darf man wohl fragen, erheben die Unternehmer, als Kategorie der „Antragsvermittler“, Anspruch auf eine derartige Bevorrechtung, zumal diese doch nur erst durch die aufopfernde Tätigkeit der Beschäftigten in den Sattel gehoben wurden, in welchem sie heute reiten. —

So stehen wir als Buchbinder seit Jahren, speziell in der Entlohnung, auf einer Stufe des wirtschaftlichen Tiefstandes, gegenüber vieler anderer Berufe zu Vorkriegszeiten, wie wir es ehemals nie für möglich gehalten.

Auf Grund des bestehenden Reichstarifs werden noch heute — selbst in den teuersten Städten mit über 100 000 Einwohnern — verheiratete Kollegen, ganz gleich ob kinderlos oder mit einer drei- bis zehnköpfigen Familie, nach der Höchsthöhe der vierten Ortsklasse entlohnt, welche einen Stundenlohn von 4,70 Mk. vorstellt und die Kollegenschaft dieser Städte wesentlich hinter den ungelerneten, unqualifizierten Arbeitern dafelbst zurücksetzt, welche einen tariflichen Stundenlohn von mindestens 5 Mk. erhalten. —

In noch weit trassierer Form treten dieselben Gegenstände innerhalb der graphischen Berufe hervor. Das bei Einführung des Reichstarifs grundlegende Prinzip einer möglichst gleichmäßigen Entlohnung der einzelnen graphischen Berufsgruppen hat man von den Unternehmern schon längst wieder zum alten Eisen werfen lassen, und was diese z. B. den Buchdruckern usw. im letzten Halbjahr an Lohnverhältnissen, ganz gleich in welcher Form, nicht vorzuzugestehen wagten, wurde den Buchbindern zum Schaden verweigert.

Daß man dieser fadenscheinigen und frevelhaften Lohnpolitik der Unternehmer seither von verantwortlicher Warte aus nur mit Protest antwortete, bedeutet für die Mitglieder unserer Organisation eine ernste Gefährdung ihrer Existenz. — An der Duldung dieses unhaltbaren Zustandes sind wir von jeher selbst nicht schuldlos zu sprechen. Denn gar manchmal wurde durch offensichtliche Laubheit der Kollegenschaft sowie unangebrachte Nachsicht unserer Vertreter den Unternehmern gegenüber zweifellos der Boden zu dieser gegenwärtigen trostlosen Lage geschaffen.

Seit den Jahren der herrschenden Teuerung, welche auf noch unabsehbar Zeiten hinaus in noch weit trassierer Maße hervorortreten wird, wurde den gesamten Mitgliedschaften noch nie eine derartige Geduldsprobe auferlegt, wie sie diese seit April d. J. zu bestehen haben.

Es gingen von diesem Zeitpunkt bis zum heutigen Tage auch nicht die bescheidensten Erwartungen an Lohnverhältnissen oder sogenannten Wirtschaftsbefähigen in Erfüllung, und sehen wir uns heute nach drei aufeinander folgenden Enttäuschungen um alle stillen Hoffnungen betrogen.

Trotz aller Vertrauensspielen der jüngsten Monate, welche man uns letztmalig noch kurz vor Beginn der Weimarer Verhandlungen durch die Verhandlungszeitung reichte, blieben auch hier dem größten Teil der Mitglieder die bittersten Enttäuschungen nicht erspart.

Es ist nur gut, daß man trotz seines hungrigen Magens noch immer über ein einwandfreies Gedächtnis verfügt, in dessen Gebantengängen man bei einem nachdentlichen Rundgang über Erinnerungen stolpert, welche bei früheren Gelegenheiten als Beruhigungspulver von hoher Warte aus in den Wind gestreut wurden.

Jedenfalls berührt es heute nach den wiederholten trüben Erfahrungen mindestens höchst forderbar, wenn man darüber nachdenkt, daß bei früheren Tarifverhandlungen von führenden Personen unserer Verbandsleitung am Schlusse unbefriedigender Lohnabkommen den Unternehmern gegenüber folgende vielversprechenden Worte gebraucht wurden: „Bei gegebener Zeit werden wir nicht davor zurückschrecken, alles daranzusetzen, künftig unsere Forderungen durchzubringen — selbst auf die Gefahr hin, höhere Löhne zu erzielen als die Buchdrucker.“

Ja, verehrte Herren vom Tarifausschuß, darf man sich denn die bescheidene Frage erlauben, wie es in absehbarer Zukunft überhaupt möglich sein wird, daß wir in der Entlohnung wenigstens wieder auf eine gleichberechtigte Lohnstufe mit den obigen verwandten Berufscollegen zu stehen kommen?

Jedenfalls, auf dem seitherigen verkehrten Wege getrennter Lohnverhandlungen innerhalb der graphischen Berufe halte ich dieses erstrebenswerte Ziel für so gut wie aussichtslos.

Es liegt mir gewiß fern, den ehrlichen, guten Willen unserer Unterhändler anzuzweifeln — und doch fällt es einem nach allen seitherigen Mißerfolgen so unangenehm schwer, noch fest daran zu glauben, daß die Webraghi unserer Vertreter bei den Tarifverhandlungen als solche von den Unternehmern noch für respektvoll genug gewürdigt werden; ja selbst bei „gegebener Zeit“ den letzteren gegenüber die eiserne Energie besitzen, die geprägten Worte auch wirklich in die Tat umzusetzen und sich künftig für unsere erlittenen Verluste nicht wieder mit einem Almosen abspesen lassen.

Mit obigen Andeutungen will ich jedoch unseren Verantwortlichen gegenüber keinen böswilligen Vorwurf zum Ausdruck gebracht haben, obwohl die Bemerkungen in Mitgliederkreisen zweifellos noch an Wahrscheinlichkeit gewinnen, wie ein Vorgang innerhalb unserer Zahlstelle dies bestätigt. Die Kollegenschaft einzelner Betriebe stellte auf Grund des trostlosen Ergebnisses der Weimarer Verhandlungen aus sich heraus Lohnforderungen. Bei diesem Verlangen wurden die Kollegen besonders von dem Unternehmer eines Betriebes kurz abgewiesen mit folgenden charakteristischen Bemerkungen: „Ich habe gar keine Veranlassung, höhere Löhne zu zahlen, denn für mich ist nur der bestehende Tarif maßgebend. Im übrigen sollten wir andere Vertreter zu den Verhandlungen schicken, welche höhere Löhne herausholen.“

Also, verehrte Herren Kollegen vom grünen Tisch, das ist die Quintessenz des vollkommenen Paktes von Weimar. So springen die Unternehmer mit der Arbeiterschaft um, nachdem sie dieses Monstrum von Tarifvertrag wieder abgeschlossen in den Händen

haben. Auf keinen Fall dürfte zu dieser Verlängerung des seit Februar d. J. bestehenden, schon zu damaliger Zeit im Verhältnis zu anderen Berufen äußerst rückständigen Lohnabkommens die Zustimmung gegeben werden, denn nur die Unternehmer haben den Nutzen von diesem uns beschämenden Abschluß. Nicht Vergebens machten insbesondere die Führer dieser Organisation bei den letzten Tagungen die außergewöhnlichsten Anstrengungen, den Unseren in Weimar ein förmliches Diktat aufzuzwingen.

Wohl bin ich davon überzeugt, daß die tüchtigsten Interessenkämpfer auf unserer Seite es an einer gebührenden energischen Zurechtweisung nicht haben fehlen lassen und den, vielen Kollegen zur Genüge bekannten Größen und Scharmachern vor sowie hinter den Kulissen vom Schlage eines Dr. Feldgen, Ashelm, Rahe, Enke usw., welche der Arbeiterschaft anscheinend nicht einmal gerne den Sauerstoff der Luft gönnen, geschweige denn eine auskömmliche Entlohnung, mit einwandfreien, sachlichen Argumenten den menschlich-rechtlichen Standpunkt gehörig klargemacht haben. Es muß an dieser Stelle einmal öffentlich darauf hingewiesen werden, daß es mit einer von den Unternehmern immer wieder vor die Kampe zitierten „außerordentlichen Geschäftssitlle“ bei weitem nicht so trag bestellt ist, wie diese uns grundfälschlich glauben machen wollen. Eine genaue Untersuchung dieses wichtigen Punktes würde höchstwahrscheinlich ein günstigeres Bild zeitigen, als es die Unternehmer unter Anwendung einer erprobten Blendlaternenpolitik unseren Vertretern gegenüber aufzurollen belieben. Und selbst wenn es wirklich so wäre, daß in der Mehrzahl der einschlägigen Betriebe im Lande eine vorübergehende Flaute Platz gegriffen hätte, so war die unbedingte Notwendigkeit noch keinesfalls gerechtfertigt, speziell einen Lohnvertrag zu verlängern, gegen welchen sich gewiß der größte Teil der Mitglieder aller Zahlstellen bereits noch vor den Weimarer Verhandlungen in den örtlichen Versammlungen unter stürmischen Protesten gegen die nun trotz alledem vollzogene Verlängerung mit Recht auflehnten.

Spaltung oder Einigkeit?

Das Bestreben der kommunistischen Quertreiber, die Gewerkschaften ebenso wie die politischen Parteien zu spalten, zeigt sich in immer stärkerer Maße auch in der Schweiz, weshalb die gesamte Gewerkschaftspresse daselbst seit längerer Zeit einen hartnäckigen Kampf gegen die Moskowiter führt. Neuerdings wendet sich u. a. auch die „Schweiz. Arbeiter-Zeitung“ sowie „Der Buchbinder“ in einem Artikel obigen Titels gegen die kommunistischen Zerstückelungsstendenzen in den Gewerkschaften, in dem es u. a. heißt:

„In allen Ländern wird die sozialistische Arbeiterschaft auseinandergerissen; in der Schweiz geschah dies auf dem Berner Parteitag. Gerade so macht man es in den Gewerkschaften. Die Vorschläge des Gewerkschaftsbundes in Sachen Arbeitslosenunterstützung wurden missliebig belächelt, dafür stellte man in Basel Forderungen auf, von denen z. B. ein wackeliger Kommunist, der Holzarbeitersekretär Reichmann, in einer öffentlichen Versammlung im Aegerentenschulhaus in Zürich sagte, man habe sie nur zu Propagandazwecken aufgestellt; es werde sich wohl niemand der Illusion hingeben, daß 100 Proz. Arbeitslosenunterstützung bezahlt werden könnten! Warum also das Geschrei? ... Als im April in Frankreich die Jahresklasse 1919 zur Befreiung des Ruhrgebiets mobilisiert wurde, da sagte der Kommunist Froschard: „Ich kann den Leuten nicht raten, den Militärdienst zu verweigern, denn die Partei ist nicht in stande, sie wirksam zu schützen!“ ...

Wir stellen den Antrag auf Vereinigung aller vorwärtsstrebenden Arbeiter, darum fordern wir Verhandlungen zwischen Moskau und Amsterdam. Das Endziel beider Richtungen ist das gleiche: Befreiung des Kapitalismus. Was uns trennt, sind nur Fragen der Taktik. ...

Karl Marx hat das Lösungswort geprägt: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ Und nun kommt von Moskau der Befehl: „Spaltet euch!“ Daß der Spaltungsbefehl auch für die Schweiz gilt, beweisen die von der Kommunistischen Partei der Schweiz aufgestellten Leitfäden. ...

Demgegenüber sagen wir: Was uns not tut, ist Einigkeit und Geschlossenheit. Zellen und Fraktionen sind der Beginn des Zerlegungsprozesses der Gewerkschaften. Bei Parteidbildung in der Gewerkschaft wird das freie Wort unterdrückt, die Meinungen werden schon vorher gemacht, eine erfolgreiche Diskussion ist ausgeschlossen. Wenn die sogenannte Zellenbildung Schule macht, dann gibt es bald auch katholische, reformierte, parteilose und andere Zellen. Darum fort mit der Parteidbildung in der Gewerkschaft!

Warum soll keine Verständigung mit Amsterdam möglich sein? Lenin verständigt sich mit ausländischen und inländischen Kapitalisten, um das russische Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. ...

Wohlvorstanden: Die Russen handeln unter dem Zwang der Verhältnisse. Die gleichen Ermäßigungen leisten uns, wenn wir einer Verständigung zwischen Moskau und Amsterdam das Wort reden.

Im gegenwärtigen Augenblick, da die ganze Reaktion geschlossen gegen die Errungenschaften der Arbeiter zum Angriff übergeht, können wir dem Gegner kein größeres Vergnügen bereiten, als wenn wir uns gegenseitig bekämpfen. Moskau verständigt sich mit den Kapitalisten; es muß sich auch mit den westeuropäischen Arbeitern verständigen können. Lehnen wir (bei aller Sympathie für die Russen) den Anschluß an Moskau ab, so beschleunigen wir diese Verständigung. Daß eine Vereinigung möglich ist, beweist der russische Metallarbeiterverband, der sich der Amsterdamer Internationale angeschlossen hat. ...

Berichte.

Chemnitz. Die vier graphischen Verbände nahmen in einer gutbesuchten Versammlung zu dem Entwurf der Schlichtungsordnung eingehend Stellung. Nach einem instruktiven längeren Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Schenker wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 13. Juli tagende Versammlung der dem Graphischen Kartell angeschlossenen Verbände erklären nach dem eingehenden Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Schenker, daß der zweite Entwurf der Schlichtungsordnung keine Vereinfachung in der Arbeitsgerichtsbarkeit bringt und erwartet von dem Bundesvorstand, daß die in dem Entwurf vorgesehenen eingehenden Bestimmungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit entfernt werden. Sie beauftragt das Gewerkschaftskartell, dahin zu wirken, daß die der Verbesserung nötigen, als rücksichtlich zu bezeichnenden Bestimmungen, vor allem in dem § 55, fallen und die in dem kritischen Sinne des Referenten ausgeführten Darlegungen dem Gewerkschaftsbund und unseren Vertretern im Reichstage als Entschließung des Industriebezirks Chemnitz überhandt werden.“

Frankfurt a. M. In der letzten, von sämtlichen Kolleginnen und Kollegen Frankfurt a. M. besuchten Mitgliederversammlung erstattete der Gauleiter, Kollege Weg, den Bericht von den staatsaufwendigen zentralen Verhandlungen. In der sich hierauf anschließenden äußerst erregten Diskussion waren alle Redner einig, sich diesmal nicht mehr zufrieden zu geben wie bisher, sondern den Arbeitgebern endlich einmal zu zeigen, daß sie ebenlogut existenzberechtigt seien und denselben Lohn beanspruchen könnten wie andere Arbeiter, die längst schon mehr verdienen. Das mangelhafte soziale Empfinden der Arbeitgeber für die äußerst schwierige Lage der Arbeiter infolge der stetig wachsenden Teuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel sowie der nötigen Gebrauchsgegenstände, erregte besondere Erbitterung.

Ein Antrag, für alle Kollegen außer der den Buchdruckern gewährten Wirtschaftsbeihilfe eine wöchentliche Zulage von 30 Mt., für alle Kolleginnen außer der den Hilfsarbeitern gewährten Beihilfe eine wöchentliche Zulage von 20 Mt. auch für diejenigen unter 21 Jahren zu fordern, wurde einstimmig angenommen.

Außerdem wurde eine fünfsgliedrige Kommission gewählt, die den Arbeitgebern sofort die gestellten Forderungen unterbreiten soll.

Limbach l. S. Die Kartonnagenarbeiterchaft Limbach hatte am 21. Juli eine Versammlung, in welcher zu dem Lohnabkommen Stellung genommen wurde. Für die Zustimmung des Tarifausschusses zu einer Verlängerung des Lohnabkommens ohne jede Verbesserung fand man kein Verständnis. Wenn man warten wolle, bis die Herren Unternehmer gnädigst eine Zulage gewähren, dann dürste wohl die Kartonnagenarbeiterchaft vollends verenden. Gerade Limbach sei seit Einführung des Reichstarifs in seiner Existenzverbesserung gehindert worden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 21. Juli tagende Versammlung der Limbacher Kartonnagenarbeiterchaft nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem neuen Lohnabkommen, welches keinerlei Fortschritt verzeichnet. Mit aller Schärfe wird betont, daß damit die Kollegenschaft immer weiterer Verelendung preisgegeben ist. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die Taktik des Verbandsvorstandes sowie des Tarifausschusses. Sie fordert den Verbandsvorstand auf, sofort Maßnahmen zu ergreifen, angesichts der fortwährenden Steigerung des Lebensunterhaltes, wie Brot, Milch, Feilung, Miete u. a. m., der Existenzberechtigung der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Der Kampf mit den Unternehmern muß geführt werden und ist nicht zu vermeiden. Derselben wollen den Kampf. — Andersfalls ist die Kollegenschaft entschlossen, selbständig örtlich oder bezirkweise vorzugehen, ohne Rücksicht auf den Reichstarif nehmen zu können!“

Internationales.

Internationale Konferenz.

Am 30. Juni und 1. Juli fand in Bern unter dem Vorsitz des internationalen Sekretärs eine Sitzung der an der Berner Konferenz gewählten internationalen Kommission statt. Die Kommission setzt sich zusammen aus je einem Vertreter Deutschlands, Englands, Italiens, zwei Vertretern der Schweiz und dem Sekretär. Der englische Vertreter war durch die Vorgänge in der englischen Gewerkschaftsbewegung, derjenige Italiens aus anderen Gründen verhindert, an der Konferenz teilzunehmen. Leider trafen ihre definitiven diesbezüglichen Mitteilungen zu spät ein, als daß eine weitere Verschiebung hätte vorgenommen werden können.

Die außerordentlich dürftigen Kasseneinnahmen zwangen die Kommission, den angeschlossenen Verbänden eine Erhöhung der Beiträge auf das Vierfache zu empfehlen, d. h. daß anstatt wie bisher nur zwei Stundenlöhne in Zukunft acht Stundenlöhne pro 100 Mitglieder und Jahr zu entrichten sind.

Betreffend das Aufnahmegesuch der russischen Gewerkschaft (graphische Industrieorganisation) beschloß die Kommission, demselben nicht stattzugeben; dafür wurde das Sekretariat beauftragt, dahin zu wirken, damit die Aufnahme der russischen Organisation am nächsten internationalen Gewerkschaftskongress behandelt werde. Mit diesem Beschluß ist auch die Stellungnahme zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale erledigt.

Bezüglich der graphischen Industrieorganisation sind die Bestrebungen dahin gerichtet, alle in Frage kommenden gemeinsamen Interessen der graphischen Verbände in gegenseitiger Uebereinstimmung zu fördern.

Die vom Sekretariat vorgelegten Statutenänderungen wurden mit einzelnen Modifikationen gutgeheißen und den Verbänden zur Annahme empfohlen. Diese Änderungen betreffen hauptsächlich das Erkundungssystem, die Reiseunterstützungen, die Unterstützungen bei größeren Bewegungen, die Heimarbeit und den Gegenseitigkeitsvertrag.

Oesterreich. Für den größten Teil der graphischen Arbeiterschaft werden die Lohnverhandlungen seit Jahr und Tag durch das Graphische Kartell der Gewerkschaften gemeinsam geführt. Nur für einige kleinere Teile der Arbeiterschaft wird gesondert verhandelt. Hier sind die charakteristischen Erscheinungen die große einheitliche Verhandlungsgruppe und das Ueberbrücken aller nicht geringen Schwierigkeiten ganz ohne Streiks, wenigstens in dieser Berichtsperiode.

Eine Lohnbewegung der graphischen Arbeiter hat am 11. Januar ihren Abschluß gefunden. Das Kartell der graphischen Arbeiter hatte im November neue Abmachungen mit den Unternehmern getroffen, wonach eine 40prozentige Lohnerhöhung in zwei gleichen Raten, und zwar am 3. Dezember 1920 und am 8. Januar 1921, zur Auszahlung gelangen sollte. Das Graphische Kartell verlangte bereits Mitte Dezember neue Verhandlungen mit den Unternehmern. Da diese Abschlüsse für ganz Oesterreich gelten, verzögerten sich die Verhandlungen. Schließlich wurde eine 33prozentige Erhöhung der Mindestlöhne der qualifizierten und eine 40prozentige Erhöhung der Mindestlöhne der nichtqualifizierten Arbeiter mit dem ersten Auszahlungstag am 22. Januar vereinbart. Die graphischen Arbeiter der übrigen Bundesländer erhielten eine Zulage von 30 Prozent auf ihre Mindestbezüge, die zum erstmalig am 5. Februar auszuzahlen war. Die Minimallohne betragen sonach für Wien für das erste Gehilfenjahr 787 Kronen; bis zum 23. Lebensjahr 1011 Kronen; nach dem vollendeten 23. Lebensjahr 1270 Kronen. Die Löhne der Hilfsarbeiter bewegten sich nach der Erhöhung zwischen 265 und 696 Kronen. Die Löhne in der Provinz schwanken in 15 Abstufungen. Die Beratungen über die neuerliche Erhöhung der Teuerungszulagen für die Arbeiterschaft der graphischen Gewerbe Deutschösterreichs wurden am 15. März gepflogen. Die Unternehmer hatten sich bereit erklärt, den qualifizierten Arbeitern in allen Ortsklassen und Lohnstufen einen Zuschlag von 40 Prozent auf die Gesamtmindestbezüge zu gewähren. Wo Ortszuschläge bestehen, sind sie einzuzurechnen. Die Arbeiter der B-Stufe (bis zum 23. Lebensjahr) erhielten außer den 40 Prozent noch einen Zuschlag, und zwar in der ersten Ortsklasse 30 Kronen, in der zweiten 40 Kronen, in der dritten 50 Kronen. Die Hilfsarbeiter erhielten, ohne Unterschied, ob männlich oder weiblich, einen Zuschlag von 50 Prozent auf ihre Gesamtmindestbezüge. Die erstmalige Auszahlung erfolgte am 19. März.

Mit den in Buchbindereien (Genossenschaftsbetrieben) und Papierkonfektionsfabriken beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen wurde für gelehrte Arbeiter eine 33prozentige und für Hilfsarbeiter eine 40prozentige Erhöhung des im Jahre 1920 erzielten Gesamtmindestbezuges vereinbart. Den Akkordarbeitern und -arbeiterinnen in den Buchbindereien wird auf den im Jahre 1918 vereinbarten Tarif ein Zuschuß von 2000 und 2100 Prozent und außerdem ein fester Betrag von 46 Kronen für Frauen und 58 Kronen für Männer gewährt.

Im weiteren erhielten kleinere Berufsarten den Vereinbarungen ähnliche Aufbesserungen ihrer Löhne in besonderen Vereinbarungen. Nur für die Arbeiterschaft der Zigarettenhilfsindustrie bestehen ganz besondere Abmachungen.

Paul Jahn †.

Einen von den Wenigen der alten Garde, die an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung gestanden und zu den Mitbegründern unseres Verbandes zählten, hat der Allbewegender Tod mit unserem Kollegen Paul Jahn am 23. Juli aus unseren Reihen gerissen. Am 20. Juni 1854 in Neu-Altmannsdorf am Sudetengebirge geboren, hat er fast sein ganzes Leben hindurch — seit Herbst 1874 — in Berlin gelebt und die ganzen Jahrzehnte eine hervorragende Rolle in der Berliner Arbeiterbewegung gespielt. Während ihn der Bruderzwist zwischen Sozialdemokratie und Eisenachern der Sozialdemokratie fernhielt, schloß er sich nach der Einigung 1875 ihr an und ist ihr bis zu seinem Tode ein treuer Kampfgenosse geblieben. Im Jahre 1884 wurde er mit der Redaktion der neugegründeten Berliner „Allgemeinen Deutschen Buchbinder-Zeitung“ betraut, deren Redaktion er nach etwa ¼ Jahr an Rohmann abtrat, die dann mit der Gründung des Verbandes in der heutigen Form nach Stuttgart verlegt wurde. 1891 wurde Jahn durch Vermittlung Liebknechts als Berichterstatter des „Vorwärts“ gewählt, wo er nebenbei als Referent in Partei- und Gewerkschaftsversammlungen in hervorragendem Maße tätig war und sich hierbei auch 17 Monate Gefängnis zugab, die er in Kottbus verbüßte. Seit dem letzten Verbandstage war er Redaktor unserer Verbandsskizze, und war es ihm offensichtlich eine große Freude, als er bei einem zufälligen Besuch auf dem Verbandsbureau am Tage der Jubiläumsfeier hauseigenen dabei selbst eine Reihe alter Kampfgenossen traf, mit denen er in Erinnerungen schwelgen konnte. Sein ganzes Leben hindurch hat er im Interesse der Arbeiterbewegung in uneigennützigster Weise gewirkt. Seit Jahren lebend und allein dastehend, war der Tod für ihn nur eine Erlösung seines freudlosen Daseins. Alle aber, die ihn gekannt haben, werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren und einen Ehrenplatz in der Geschichte der Arbeiterbewegung einräumen.

Rundschau.

Zur Sterbetafel, die in der nächsten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ wieder erscheint, ist es wünschenswert und für die spätere Bearbeitung der Sterbetafel mit großem Interesse, daß bei den Meldungen auch Alter, Beruf und Todesursache stets angegeben wird.

Die deutsche Bücherproduktion, die nach einer internationalen Statistik von 1913 bis 1918 von 35 078 auf 14 748 Neuerscheinungen gesunken war, hat 1919 mit 28 194 Neuerscheinungen den Stand von 1914 wieder erreicht. Alle Literaturgebiete, mit Ausnahme der Militärwissenschaft, sind an dieser Zunahme beteiligt. Mit fast 16 000 Neuerscheinungen steht Deutschland wieder an der Spitze der literarischen Produktion der Welt.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich sind in den letzten Jahren ganz gewaltig gestiegen. Nicht zuletzt war es die Berordnung der Volksbeauftragten über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsverhältnissen vom 23. Dezember 1918, die dem Tarifgedanken immer mehr zur Anerkennung verhalf. Während in den Jahren vor dem Kriege nicht einmal für eineinhalb Millionen Arbeiter die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt waren, sind es 1919 nahezu 6 Millionen, die von der Tarifgemeinschaft erfasst waren und 1920 ist ihre Zahl auch weiter gewaltig gestiegen.

Interessant ist die Entwicklung der Tarifverträge in den letzten acht Jahren. Sie ergibt folgendes Bild von dem jeweiligen Stand am Jahresabschluss:

Jahr	Tarifgemeinschaften	für Betriebe	mit beschäftigten Personen
1912	10 739	159 930	1 574 285
1913	10 885	143 088	1 398 597
1914	10 840	143 650	1 395 723
1915	10 171	121 697	949 442
1916	9 435	104 179	740 074
1917	8 854	91 313	905 670
1918	7 819	107 503	1 127 690
1919	11 009	272 251	5 986 475

Bietet ein Tarifabschluss auch nicht immer die Gewähr dafür, daß dadurch tatsächlich zufriedensstellende Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiterschaft errungen sind, so ist er im allgemeinen immerhin als ein wesentlicher Vorteil gegenüber der willkürlichen Entlohnung anzusehen. Denn letzten Endes ist der Inhalt jeden Tarifs nur ein Spiegelbild der Machtposition beider Kontrahenten.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 25. Juli bei der Verbandskasse ein von:

- Königsberg i. Pr. 2000.—
- Mt., Spremberg 700.—
- Mt., Gau Janja —
- Mt., Hamburg-Altona —
- Mt., Kiel 2100.—
- Mt., Potsdam-Romawas 800.—
- Mt., Wittenberg 1400.—
- Mt., Hannover 28 500.—
- Mt., Hildesheim 500.—
- Mt., Minden i. B. 1 364,35
- Mt., Dsnabrück 791,10
- Mt., Gau Rheinlands-Westfalen 2468,31
- Mt., Barmen-Eberfeld 20 200.—
- Mt., Dülmen 800.—
- Mt., Gelsenkirchen 500.—
- Mt., Remscheid 2000.—
- Mt., Roblitz 1 307,20
- Mt., Krefeld 5000.—
- Mt., Biesdorf 2400.—
- Mt., Oberstadt 5470,72
- Mt., Rudolfsstadt 200.—
- Mt., Annaberg-Buchholz —
- Mt., Burgstädt 2000.—
- Mt., Grimma 5180,84
- Mt., Nerchau 1800.—
- Mt., Rastchau 750.—
- Mt., Karlsruhe 7700.—
- Mt., Pforzheim 11 000.—
- Mt., Stuttgart 28 103,85
- Mt., Gau Nordbayern 2000.—
- Mt., Ernstthalen 820,30
- Mt., Erlangen 3000.—
- Mt., Nürnberg-Fürth 25 000.—
- Mt., Schweinfurt 700.—
- Mt., Gau Südbayern 3000.—
- Mt., München 14 000.—
- Mt., Fr. Leuber.

ANZEIGEN

2 tücht. Etuisarbeiter für Bekleidungs- u. Bekleidungsbedarf dringend verlangt.
Berm. Eickhorn Nachf., Etuisarbeiter
Berlin C., Friedbergstraße 37.

Etuisarbeiter, verfeilter Handwerker, mit Kalkulationswesen bestens vertraut, nur erste Kraft, per sofort nach Mitteldeutschland, einst. als Werkmeister, gef. Best. ausführliche Offerten erbeten mit „15000“ an d. Exped. d. Blg.

Tafelshere, gebraucht, mit einer Schnittlänge v. 650 bis 800 mm, zum Schneiden von Brettspan in Stärke von 0,1 bis 2 mm zu kaufen gesucht. Angebote mit näherer Beschreibung unter „1000“ an die Exped. d. Blg.

Grüne u. blaue Berufsflächen, welche i. Buchbinderei gewerkschaftlich geordnet werden, liefert in erstklassiger Qualität und Farbe zu Vorzugspreisen d. Mt. 25.— d. Stk. an Mitglied. d. Blg.
A. C. Vols Berufsflächenfabr. Leipzig
Moltkestr. 77, Tel. 2985
Vertret. durch d. Jahrbücher-Verl. Leipzig, bes. d. Buchbinder-Verl. Leipzig.

Einige tüchtige Etuisarbeiter für Bekleid. und Schmuckeisen, Bekleidungs- u. Etuisarbeiten suchen
J. & G. Gottschald, Leipzig.

Werkführer wird von einer norddeutschen Schreibstift- u. Kontofabrik wegen Todesfalls des Vorgängers, der 30 Jahre die Stellung bekleidete, zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote nebst Zeugnisabschriften und Gehaltsanprüchen, sowie eingeh. Angaben üb. bisher. Tätigkeit unt. „W. B. P.“ a. d. Exped. d. Blg. erbeten.

Wiril Klebstoffe
sind Allen voran
Klebstoffe für jeden Zweck: Kalleime - Büroleime - Kleister - Knochen- und Lederleime,
Chem. Techn. Werke Wilyhald Richter
Quark. 4-6 Leipzig Quark. 4-6
Tel. 3049, 11248.
Zur Messe: Zeisighaus, I. Obergesch. Std. 74/6.